

# Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen!  
Und kannst Du selber kein Ganzes werden,  
Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerkevereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exemplaren direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Dester. Währung.

Expediton: C. Roshstraße 26 bei J. Bey. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditonen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

VON

General-Rath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Dester. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Dester. Währ. Für Zusendung v. Offerten unter Schiffe durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Dester. Währ. als Vergütung erhoben.  
Redakteur: Hugo Polke, C. Roshstraße 26.

Nr. 47.

Berlin, den 23. November 1877.

Vierter Jahrgang.

## Amtlicher Theil des Generalraths.

Protokollauszug der 22. ord. Sitzung vom 11. November 1877.

Tagesordnung: 1) Zuschriften, 2) Unterstützungssache, 3) Besprechung einer Petition, 4) Kassenbericht pro Oktober und Ausnahme von Mitgliedern. Die Sitzung wird um 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr eröffnet. Unentschuldig fehlen die Herren Werner, Voigt und Schmidt II. Das Protokoll der 21. Sitzung wird genehmigt und in Punkt 1 der Tagesordnung eingetretet.

Zwei der arbeitslosen Mitglieder in Königszell sind, wie von dort mitgetheilt wird, zu ihren Eltern nach Hause gemacht, weil sie dort billiger leben können. Der Generalrath gestattet dies vorläufig und bestimmt bezüglich Zahlung der Beiträge eines Mitgliedes, daß ebenfalls unterstützt worden war, jetzt aber in Arbeit ist, daß dasselbe für die Zeit seiner Unterstützung von den Gewerkevereinsbeiträgen befreit ist, die anderen Beiträge hingegen zu zahlen habe. — Hr. Göhe in Blankenhain wird die Frist, innerhalb welcher ihm noch der Wiedereintritt in sein früheres Unterstützungsrecht zusteht, unter Voraussetzung der Richtigkeit seiner bezüglichen Angaben um 8 Wochen verlängert. — Von Kahle wird wegen Beschaffung eines Schrankes angefragt. Der Hauptkassirer hat ähnlich dem Fall Fürstenberg auf das Statut verwiesen, nach welchem die Beschlusfassung darüber der Ortsversammlung zusteht. — Nachdem alsdann noch von Zuschriften aus Blankenhain, Neuhalbenleben sowie von einem Schreiben des Sekretärs des aufgelösten D. V. Uhlstädt Kenntniß genommen worden, ist Punkt 1 erledigt.

Zu Punkt 2 beschließt der Generalrath, vor der Beschlusfassung über die vorliegende Sache zunächst Erhebungen anzustellen.

Beim 3. Punkt der T.-D. theilt der Hauptkassirer mit, daß er vor mehreren Tagen infolge einer Einladung bei dem Fabrikbesitzer Hr. Schomburg gewesen sei und von diesem erfahren habe, daß die unserer Branche angehörenden Fabrikbesitzer Berlins und Umgegend eine Petition an das Abgeordnetenhaus richten würden, in welcher sie um Aufhebung der Königl. Porzellanmanufaktur als Staatsinstitut ersuchten. Hr. Sch. habe ihn dabei gleichzeitig gebeten, dafür wirken zu wollen, daß seitens der Porzellanarbeiter Berlins eine ähnliche Petition abgesendet wird. Er (der Hauptkassirer) habe zugesagt, daß er, im Prinzip mit der Sache einverstanden, dem Generalrath unseres Gewerkevereins dieselbe zur Entscheidung unterbreiten würde. Hr. Sch. habe ihm alsdann zwei Petitionen, eine der Arbeitgeber und eine für die Arbeiter bestimmte, zugestellt. Diese Petitionen werden zur Besprechung gebracht und erhebt sich darnach eine längere Debatte, in welcher das prinzipielle Einverständnis mit den Schritten der Arbeitgeber zwar konstatiert, jedoch daraus hingewiesen wird, daß die 3. Lesung des Staatshaushalts vor der Thür stehe, die Petition als verspätet zu betrachten sei. Der Generalrath beschließt deshalb, Hr. Schomburg in obigem Sinne Mittheilung zu machen und hinzuzufügen, daß der Generalrath dafür wirken wolle, daß im nächsten Jahr eine Petition in dem bezüglichen Sinne an das Abgeordnetenhaus abgehe.

Es folgt Punkt 4. Dabei betragen die Einnahmen in der Generalrathskasse im Monat Oktober 665 Mk. 99 Pf., die Ausgaben 665 Mk. 5 Pf. Gesamtbestand am 1. November 1313 Mk. 94 Pf. In der alten Krankenkasse betragen die Einnahmen 166 Mk. 43 Pf., die Ausgaben 21 Mk. 95 Pf. Gesamtbestand am 1. November 6709 Mk. 48 Pf.

Hierbei faßt der Generalrath auf eine bez. Mittheilung des Hauptkassirers den Beschluß, daß über den Empfang der Extraausgaben aus dem alten Krankenkassenfond seitens der Empfänger Quittungen

auszustellen und diese Quittungen mit den Abschlüssen an den Hauptkassirer einzulenden seien.

Zum Punkt 5 der Tagesordnung werden aufgenommen von: Lettin 1, Fürstenberg 4, Kopenhagen 5, Moabit 4, Magdeburg 8, Althaldensleben 4 und Kahle 2 Mitglieder. Hierauf erfolgt Schluß der Sitzung um 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Nächste Sitzung nach Bedürfnis.

Der Generalrath.

Gust. Lenz,  
Vorsitzender.

Georg Lenz,  
Hauptkassirer.  
N. W. Stromstraße 48.

14. ord. Vorstandssitzung der Krankenkasse, eingeschriebene Hilfskasse, vom 11. November 1877.

Tagesordnung: 1) Zuschriften, 2) Besprechung einer Verfügung des Magistrats, 3) Kassenbericht pro Oktober und 4) Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern.

Die Eröffnung der Sitzung erfolgt um 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Es fehlen ohne Entschuldigung die Herren Werner, Voigt und Schmidt II. Nach Verlesung des Protokolls der 18. Sitzung bemerkt der Schriftführer berichtend, daß in demselben die Dechargeerklärung an den Hauptkassirer vergessen worden sei. Hierauf wird in Punkt 1 der T.-D. eingetretet.

Dazu theilt der Hauptkassirer zunächst in Bezug auf die Angelegenheit des Königszeller Mitgliedes, welchen der dortige Kassirer aus Versehen nicht im Streifen geführt hatte, mit, daß dasselbe bereits im Ortsverein Altwasser Mitglied gewesen und von dort nach Königszell übergetreten sei und zwar gerade in der Uebergangszeit von der alten zur neuen Krankenkasse, infolgedessen das Statut von demselben auch nicht unterzeichnet wäre. Er (der Hauptkassirer) habe die Sache nun insofern geregelt, daß einschließend der Unterzeichnung der Beitrittserklärung seitens des betr. Mitgliedes alle Bedingungen zur regeltätigen Mitgliedschaft desselben erfüllt seien und erjuge er deshalb auch den Vorstand, die Sache für erledigt zu erklären. Dies geschieht, jedoch spricht der Vorstand dabei die Erwartung aus, daß derartige Unregelmäßigkeiten in Zukunft nicht wieder vorkommen. Nach Berathung einer anderen, noch nicht spruchreifen Sache geht der Vorstand zu

Punkt 2 über. Auf eine Vorstellung der Hilfskasse des Gewerkevereins der Schneider verfügt der Magistrat von Berlin in einem an die Vorstände der Hilfskassen gerichteten Circular, daß nach § 4, Abs. 4 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 die Zulassung örtlicher Verwaltungsstellen bei derjenigen Verwaltungsbehörde besonders beantragt werden muß, in deren Bezirk die Hauptkasse ihren Sitz hat. Da nach Ansicht des Vorstandes die hier aus dem Wortlaut des betr. Absatzes von § 4 gezogene Folgerung, daß die Worte „ihre Zulassung“ sich auf die örtlichen Verwaltungsstellen beziehen, nicht zutrifft, vielmehr bestimmt anzunehmen ist, daß damit nur die Kasse selbst gemeint sei, worauf auch die Motive der Reichstagskommission zu dem betr. Absätze hindeuten, so beschließt der Vorstand, dem bez. Verlangen des Magistrats nicht nachzukommen sondern event. den Rekurs gegen diese Verfügung zu ergreifen, umso mehr, da ein Beweis der Unsiherheit des Magistrats schon dadurch gegeben ist, daß unsere auswärtigen Vorstandsmitglieder, die doch Mitglieder örtlicher Verwaltungsstellen sind, bereits lange genehmigt sind, dadurch also schon gewissermaßen die Anerkennung der örtlichen Verwaltungsstellen ausgesprochen ist bezw. war. Dem Magistrat soll von diesem Beschlusse Kenntniß gegeben werden.

Bei Punkt 3 der T.-D. betragen die Einnahmen in der Hauptkasse

im October 1881 M. 81 Pf. Die Ausgaben 1129 M. 16 Pf. Gesamtbestand am 1. November 1884 M. 65 Pf.

Zum letzten Punkt werden eine in Mitglieder von Charlottenburg bis Ende dieses Monats die restirenden Verträge stundet. Ausgenommen werden von Lettin 1, Moabit 1, Althaldensleben 4 und Magdeburg 3 Mitglieder. Ausgeschieden sind von Moabit u. u. M. Müller, Fleischer, Goyer, Fleischer und durch Tod Wich, von Althaldensleben: Söhl, Magdeburg: Konehl, Kahla: Korn, und Neuhaldensleben: Delze. Darauf erfolgt Schluß der Sitzung um 1 1/4 Uhr. Nächste Sitzung nach Bedürfnis.

Der Vorstand,

Gust. Lenk, Vorsteher.

Georg Lenk, Schriftführer.

## Die Landtags-Debatte über den Etat der Königl. Porzellan-Manufaktur.

In der 9. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 6. November stand der Etat der Kgl. Porzellan-Manufaktur zur Debatte. Bei dem naheliegenden Interesse, das unsere Leser an dieser Verhandlung haben, lassen wir in Folgendem das Wesentliche aus der Debatte im Auszuge folgen und geben nur die Rede des Abg. Birchow nach dem stenographischen Bericht.

Die Einnahmen der Porz.-M. betragen 549,375 M., die Ausgaben 541,275 M.

Abg. Dr. Cohn hat zu diesem Etat folgenden Antrag gestellt: „Die in dem Etat der Kgl. Porz.-Man. mit Bezug auf Errichtung einer chemisch-technischen Versuchstation, zur Hebung der Keramik, in die Einnahmen Kapitel 13, Titel 4 eingestellten 3,000 M., sowie die in den Ausgaben Kapitel 14, Titel 1a ausgeworfenen 3900 M. resp. 540 M., werden abgesetzt.“

Dagegen werden dieselben Summen in den Etat für Handel, Gewerbe und Bauwesen wieder eingesetzt, und zwar in die Einnahmen Kap. 12, Titel 8: 3000 M., in die Ausgaben Kap. 70, Titel 2a und 5a: 3900 M. resp. 540 M. Auch soll die Befoldung eines Assistenten mit 1800 M. aus den sachlichen Ausgaben, Kap. 70, Tit 8 bestritten werden.“

Der Antragsteller begründet diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß eine Versuchstation zur Hebung der Keramik mit der Porz.-Man. verbunden wenig zu leisten im Stande sei. Ersprießliches könne nur erreicht werden, wenn diese Versuchstation mit der Gewerbe-Akademie verbunden werde.

Abg. Fehr v. Heeremann hebt hervor, daß die Porz.-M. im vergangenen Jahre ein weit ungünstigeres Resultat ergeben habe, als früher. Die Anstalt werde im wesentlichen nur gehalten durch die Produktion gewöhnlicher Fabrikate, sie müßte aber gerade in künstlerischer Beziehung Hochbedeutendes leisten, um dadurch einen allgemeinen Werth für die Kunst nach dieser Richtung hin zu erlangen. Die Silber auf den einzelnen Gegenständen würden zwar in wunderbarer Schönheit ausgeführt, darauf lege er aber keinen Werth, ihn interessire weit mehr die Ausbildung des Geschmacks in Bezug auf Formen und Dekorationen der Gegenstände. Für die Kunst werde in der Manufaktur sehr wenig geleistet. Er halte die Erweiterung der Anstalt auf das ganze Gebiet der Keramik für dringend notwendig, wenn dieselbe eine Kunst- und Musteranstalt werden solle. Redner bedauert, daß nicht bedeutendere Versuche in der Fabrikation von Majolika gemacht und dazu erheblichere Mittel ausgeworfen seien. Dem Antrage Cohn, so wohlwollend derselbe gemeint sei, könnte er nicht zustimmen, da er eine Verbindung der Versuchstation mit der Porzellanmanufaktur für unbedingt notwendig halte.

Der Reg.-Kommissar Geh.-Rath Lüders trägt ebenfalls Bedenken, dem Antrage Cohn zuzustimmen. Die Rentabilität der Manufaktur habe in den letzten Jahren allerdings den Erwartungen nicht entsprochen, eine eigentliche Unterbilanz sei aber bis jetzt noch nicht eingetreten. Das fabrizierte Porzellan erfreue sich große Anerkennung, sowohl in Beziehung auf die saubere Ausführung, als auch auf die Haltbarkeit. Die Versuche mit der Anfertigung von Majolika seien bereits gemacht, aber auf große Schwierigkeiten gestoßen.

Abg. Gremer tadelt das mit der Anstellung eines Vize-Vorstehers der Manufaktur gemachte Experiment, der kein Sachverständiger, sondern Doctant sei und durch seine Thätigkeit das Geschäft nicht gefördert, sondern geschädigt habe. Dagegen hält es Redner für dringend notwendig, daß die Stelle des vorläufigen Vize-Vorstehers der Manufaktur recht bald wieder besetzt werde. Mit der sogenannten Versuchstation verhält es sich nach Ansicht des Redners gerade so, wie mit der Anstellung des Vize-Vorstehers.

Der Reg.-Kommissar Lüders erwidert, daß der Vize-Vor-

steher der Verwaltung gerade von Autoritäten empfohlen worden sei, und daß die Resultate, die derselbe erzielt, nicht ungünstig seien.

Abgeordneter Dr. Birchow: Meine Herren, die Verhandlung hatte im Anfange einen ungemein anziehenden Charakter der Einmüthigkeit und Uebereinstimmung. Ich war nicht wenig überrascht, daß die großen Vorwürfe, die uns noch vor nicht langer Zeit von einem hervorragenden Manne gemacht worden sind, daß die Porzellanmanufaktur im Abgeordnetenhaus auf große Opposition treffe, durch die Ausführungen aller Redner scheinbar als unzutreffend dargethan wurden. Allmählig hat sich das schon etwas geschwächt. Ich bin leider nicht in der Lage gewesen, die Rede des Herrn Abgeordneten Gremer, der bis an die äußerste Grenze des Saales gerückt ist, um zu sprechen, hier zu verstehen; ich befürchte, daß die weiter sitzenden Herren noch weniger davon gehört haben; indessen schien es mir, daß er einige recht begründete Einwendungen machte; ein paar Sätze, die ich verstanden habe, kann ich unterstützen. Meine Herren, das Abgeordnetenhaus hat sich in Beziehung auf die Porzellanmanufaktur in sehr vielen Sessionen klagend und mißbilligend ausgesprochen, und wenn der jetzige Herr Regierungskommissar die Sache so auffaßt, als ob nur die schlechten Erträge der letzten Jahre diese Betrachtungen angeregt hätten, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß seine Vorgänger recht oft in der Lage waren, wenn auch nicht immer hier im Plenum, so doch in den Kommissionen des Hauses recht fertige Erklärungen abzugeben. Ich kann auch sagen, wir waren selten ganz befriedigt davon. Was der Herr Kommissarius uns heute gesagt hat, meine Herren, von dem muß ich gleichfalls sagen, daß es mich nicht befriedigt hat. Ich will dabei gleich konstatiren, wenn das Haus gegenüber der Regierung wesentlich die Finanzfrage betont und das Institut als ein ganz unrentables angegriffen hat, so ist das doch wesentlich deshalb geschehen, weil das Institut irgend eine maßgebende Einwirkung auf die deutsche und preussische Industrie nicht geübt hat. Das Institut ist so sehr auf seine engen Grenzen angewiesen gewesen, es hat es so wenig verstanden, sich darüber hinaus geltend zu machen, daß uns schließlich nichts übrig blieb, als es wesentlich auf seine finanzielle Rentabilität zu prüfen. Wie sollte das auch anders zugehen? Es ist doch selbstverständlich, daß ein derartiges Institut, welches als ein bahnbrechendes, als ein epochemachendes nicht erscheint, einfach geprüft werden muß als ein industrielles Unternehmen. Nichts Anderes war die Porzellanmanufaktur geworden. Ja, meine Herren, wenn die Direktion sich darauf berufen sollte, daß sie hier und da ein hervorragendes Werk geliefert hat, irgend eine große Vase oder sonst ein Kunstwerk, wie es gelegentlich verschenkt worden ist von Staats wegen oder von Seiner Majestät, oder welches auf speziellen Auftrag angefertigt worden ist, um auf einer Weltausstellung zu prägen, so sind das so ephemere Erscheinungen gewesen, daß sie über die Gesamtproduktion des Instituts durchaus kein günstiges Licht verbreiten. Die Gesamtproduktion ist in der neuern Zeit faktisch der Art gewesen, daß durch dieselbe eine bestimmte Geschmacks- oder Kunstströmung in die Industrie nicht hineingetragen worden ist. Ja, meine Herren, es ist einmal anders gewesen, aber das ist sehr lange her. Während der ganzen Zeit, wo wir ein konstitutionelles Regiment gehabt haben und wo das Abgeordnetenhaus in der Lage war, sich mit der Sache zu beschäftigen, hat die Königl. Porzellanmanufaktur ein Stillleben geführt. Meine Herren, ich muß, namentlich auch gegenüber dem, was Herr Neuleaux in öffentlichen Besprechungen ausgesagt hat, dies besonders betonen. Ich bin überzeugt, das Preussische Abgeordnetenhaus würde zu allen Zeiten Geld übrig gehabt haben für ein Institut, welches wirklich eine bestimmte Kunstströmung vertritt, welches in der Kunstgeschichte einen Namen sich macht, welches Einfluß gewinnt auf den Geschmack des Volkes und welches, indem es sich Anerkennung verschafft, sich auch einen Markt macht. Ich frage, meine Herren, wo hat die Königl. Porzellanmanufaktur ihren Markt? Sie kann eben nichts absetzen und daher verfällt man darauf, sie in niedrige Industriezweige sich wenden zu lassen.

Es ist finanziell vielleicht recht nützlich, und wenn es sich bloß darum handelte, endlich die Rechnung aufzumachen, vielleicht ganz ausreichend, wenn sie Apothekerporzellan oder Gesundheitsgeschirre fabrizirt. Das ist aber doch nicht, denke ich, der Gesichtspunkt, von dem aus wir eine solche Staatsanstalt zu unterhalten haben. Ja, meine Herren, auf den letzten Weltausstellungen hat sich gezeigt, daß andere Staaten, deren Industrie gar nicht von so großen Staatsanstalten getragen wird, wie Schweden, England, in selbstständiger Erfindung und in Herstellung neuer Richtungen

der Keramik so ausgezeichnet sind, daß sie allgemeine Anerkennung finden und daß sie sich dem entsprechend auch ihren Markt schaffen. Der Markt ist die Folge der Anerkennung, bei je mehr Völkern und Menschen diese Anerkennung sich geltend macht, um so mehr steigt der Absatz, um so mehr wird das Geschäft rentabel. Sevres, das große Summen vom Staat erhält, hat faktisch diese Stellung errungen, es hat sich eine Weltstellung errungen; man sucht das Sevres-Porzellan nicht bloß für Sammlungen als eine Rarität, sondern für den wirklichen Luxusgebrauch der einzelnen Häuser. Diesen Markt aber hat die Berliner Porzellanmanufaktur mehr und mehr eingebüßt. Darin liegt die Schwierigkeit.

Wenn ich meinerseits mir die Verhältnisse der Anstalt gegenwärtige, so scheint es mir — ich will das hier offen aussprechen, obwohl ich mich nicht für berechtigt erachte, ein definitives Urtheil zu geben — aber soweit ich die Verhältnisse übersehe, habe ich den Eindruck, daß das Hinderniß des Fortschritts wesentlich in der bürokratischen Organisation liegt, welche die Porzellanmanufaktur besitzt. Da haben Sie eine Reihe von definitiv angestellten Beamten mit relativ schlechtem Gehalt, wie hier schon ausgeführt worden ist; von vornherein gewinnt man keine bedeutenden Persönlichkeiten, man ist zufrieden, wenn sie in einer gewissen Sphäre Mittelmäßiges leisten. Diese Personen bleiben ihr ganzes Leben lang auf der Stelle sitzen, sie werden allmählich ruhige Leute, sie gewöhnen sich an dieses Stilleben und die Manufaktur arbeitet in ihren abgetretenen Bahnen fort. Sehen Sie sich einmal alle diese Positionen an, meine Herren, es sind in der That schlechte Stellungen, die nicht leicht Jemand suchen wird, der sich zu Größerem berufen fühlt. Ich frage hier von vornherein: ist es absolut nothwendig, daß alle diese Personen dauernd angestellte Beamten sind, daß sie alle auf ihren Stellen alt werden und sterben müssen, um von da aus begraben zu werden? Das scheint mir nicht absolut nothwendig zu sein. Gerade bei solchen Einrichtungen würde man mit jungen Kräften mehr erreichen können; da würde man, wenn man sich aus frischen Kräften, welche Kunst und Wissenschaft zur Verfügung stehen, versteht, auch mit solchen Personen, welche nicht dauernd und pensionsberechtigt angestellt sind, viel mehr leisten können. Nehmen wir als ein Novum, das uns hier entgegentritt, diesen Chemiker mit 3900 Mark. Für ein solches Gehalt werden Sie vielleicht einen Chemiker finden, aber jedenfalls nur einen kleinen oder einen sehr jungen. Wenn Sie diesen kleinen Chemiker definitiv anstellen und er 30 Jahre lang in der Stelle sitzen bleibt, so wird er sich eine gewisse Routine verschafft haben und er wird alle Tage sein Werk in gewissen Arbeitsstunden verrichten ohne große Freudigkeit und ohne großes Streben, denn er hat wenig oder keine Aussicht, zu mehr zu gelangen. Ob damit etwas besonders Günstiges zu erreichen ist, erscheint mir wirklich recht zweifelhaft.

Ich möchte daher den Herrn Regierungskommissar bitten, uns über diese Sache zu unterrichten. Ich sehe im Etat nebeneinander zwei Personen, von denen mir die eine überflüssig zu sein scheint; ein Chemiker mit 3,900 Mark und ein Vorsteher der chemisch-technischen Versuchsanstalt mit 3,900 Mark. Ich frage, ob nicht diese beiden Stellen zusammengeworfen werden könnten? Könnte nicht der Chemiker zugleich Vorsteher dieser Anstalt sein? oder umgekehrt: könnte nicht der Vorsteher zugleich der Chemiker sein? Dann würde es mir gleich sein, ihm statt 3,900 Mark, ohne den Etat weiter zu belasten, 7,800 Mark zu geben. Das wäre eine Stelle, die vielleicht gesucht werden würde, für die man eine bedeutendere Persönlichkeit haben könnte, die etwas Erheblicheres zu leisten vermöchte. Was dieser Vorsteher der chemisch-technischen Versuchsanstalt Besonderes machen soll, weiß ich nicht; soll er entscheiden, ob der Chemiker etwas untersuchen soll und wie er es untersuchen soll? Das ist mir unverständlich.

Auf der andern Seite, meine ich, könnten wir uns noch vorbehalten, etwa der Regierung bei der dritten Lesung, wenn die Sache hier noch nicht genug geklärt ist, einen Dispositionsfonds zu geben für diesen Zweck, eine Summe, aus der sie derartige Personen, temporär anstellt sich also neue Kräfte heranzieht, damit nicht dieses System der permanenten bürokratischen Anstellung sich endlos fortsetzt.

Meine Herren, die Leistungen, welche die Porzellanmanufaktur gegenwärtig hervorbringt, sind ja nach einzelnen Richtungen hin — das will ich zugestehen — von Sachverständigen anerkannt, aber wenn wir hoffen sollen, daß es besser wird, dann muß die Regierung eine starke Einwirkung eintreten lassen. Sie muß namentlich auch die eigentlich artistische Seite in viel höherem Maße verstärken. Ich meine, hier wäre gerade eine Stelle, wo

es sich empfehlen würde, wenn die Regierung aus dem Kreise der eigentlichen Künstler eine Art von Ueberwachungsinstanz, eine Sachverständigenkommission bestellte, die nicht permanent mit der Anstalt in Verbindung zu sein braucht, aber die doch periodisch bestimmend, prüfend, kontrollierend und rathend thätig wäre. Dadurch wäre es vielleicht möglich, andere und einflussreichere Richtungen der Kunstthätigkeit zu wecken.

Meine Herren, der Trost, daß die Fabrik Vorräthe geschaffen hat, der Trost, daß sie, wie viele andere Fabriken, eine Ueberproduktion geleistet hat, daß sie mehr produziert, als sie absetzt, ist ein sehr mäßiger. Wenn die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind, so würde Nichts übrig bleiben, als daß die Fabrik in Folge dieser Ueberschüsse, die sie schon besitzt, ihre Thätigkeit sehr bald einschränkt und nach neuen Wegen sucht, wie sie sich ihren Markt erweitert. Diese Frage ist aber nicht bloß eine Frage des einfachen Finanzinteresses, sondern das weitere Gedeihen der Anstalt wird sehr wesentlich damit zusammenhängen, ob es ihr gelingt, Einfluß auf den allgemeinen Geschmack zu gewinnen. Ich möchte den Herrn Regierungskommissar doch auch darauf verweisen, daß er künftighin seine Beurtheilung dieses ihm unterstellten Instituts mit davon abhängig machen möchte, daß er sich ansetzt: wie weit schätzt das Publikum dieses Institut und wie weit hat dasselbe Einfluß gewonnen auf die Thätigkeit der Privaten? Meine Herren, der Antrag des Herrn Abgeordneten Cohn, der davon ausgeht, die neue Versuchsanstalt zu übertragen auf die Gewerbeakademie, ist meiner Meinung nach in diesem Augenblick kaum annehmbar. Jetzt, wo wir eben davor stehen, die Frage zu erledigen, ob das Polytechnikum gemacht werden, ob die Gewerbeakademie vielleicht in kurzer Zeit aufgelöst und an ihrer Stelle eine ganz neue Anstalt geschaffen werden soll, ist es meiner Ansicht nach ganz unzumuthbar, darüber abzustimmen, ob die Gewerbeakademie in ihrer jetzigen Stellung mit einer ganz neuen Aufgabe betraut werden soll. In dieser Aufgabe halte ich es für richtig, daß wir der Regierung, wenn wir ihr überhaupt die Mittel gewähren wollen, sie an dieser Stelle gewähren. Ob dies späterhin in gleicher Weise zu geschehen habe, das ist eine Frage, die ich heute nicht entscheiden möchte. Es ist möglich, daß in 5 Jahren, wenn ich noch Abgeordneter bin und das Polytechnikum fertig sein wird, ich mich dahin entscheide, die chemische Versuchsanstalt an das Polytechnikum zu übertragen. Aber jetzt, meine Herren, in diesem Augenblick noch wieder eine neue Thätigkeit für die alte Gewerbeakademie einzuführen, davon möchte ich dringend abrathen. Ich bin daher durchaus nicht abgeneigt, in zweiter Lesung vorläufig für die Position der Regierung zu stimmen, indem ich mir eventuell vorbehalte, in dritter Lesung etwa einen Antrag einzubringen, der die Regierung abhält, ihre dauernde bürokratische Organisation auf so klein dotirte Stellen auszudehnen, wie sie hier aufgestellt werden.

In Beziehung auf die Einnahmeposition möchte ich mir noch die Frage an den Herrn Regierungskommissar erlauben, auf welchen Unterlagen die Regierung zu der Schätzung kommt, daß die neue Anstalt von Privaten 3000 Mark einnehmen werde. Dieser Ansatz scheint mir bei der Einrichtung einer Anstalt, die ganz neu ist und die noch in keiner Weise irgend eine Beziehung zum Publikum gefunden hat, sehr zweifelhaft.

Der Regierungs-Kommissar antwortet, daß mit einer solchen Untersuchungs-Instanz bereits unter der Regierung Friedrich Wilhelm IV. der Versuch gemacht sei, daß es aber schwer wäre, nachzuweisen, welchen Einfluß diese Kommission geübt habe. Sollte ein Fortschritt gemacht werden, so bedürfe es bedeutender Fonds, welche gegenwärtig nicht gefordert würden, da man die Erfolge erst abwarten wolle.

Die Diskussion wird geschlossen, der Etat genehmigt, der Antrag des Abg. Dr. Cohn abgelehnt. —

Im Anschluß an das Vorherige nehmen wir Gelegenheit, mitzutheilen, daß gegenwärtig namentlich unter den beteiligten Arbeitgebern eine lebhaftere Agitation betrieben wird, welche auf völlige Beseitigung der Porzellanmanufaktur, als die Privat-Industrie schwer schädigend, hinausgeht. So ist vor ganz kurzer Zeit seitens der Besitzer der Berliner Porzellanfabriken eine Petition an das Abgeordnetenhaus gesandt worden, in welcher die Aufhebung der königlichen Porzellanfabrik als Staatsinstitut gefordert wird. Geltend gemacht wird für dieses Verlangen in erster Linie die Thatsache, daß die königliche Porzellanmanufaktur vom kaufmännischen Standpunkte aus und mit Berücksichtigung der Zinsen des Anlagekapitals stets mit bedeutender Unterbilanz gearbeitet hat und außerdem das Privatgewerbe durch die drückendste

Konkurrenz schädige. Ferner wird bemerkt, daß jede Rechtfertigung für eine weitere Erhaltung des genannten Instituts fortzufallen, seitdem zu erwarten steht, daß bei Reorganisation und Erweiterung der Gewerbeakademie für die verschiedenen Gewerbe und Kunstindustrien besondere Abtheilungen geschaffen werden und somit auch auf die keramische Industrie (Porzellanfabrikation etc.) die angemessene Rücksicht genommen werden muß. Die Petition schließt mit dem Hinweise, daß das großartig angelegte Stablissemment der königlichen Porzellanmanufaktur mit seinen hellen und umfangreichen Räumen vorzüglich geeignet sei, die projektirte technische Hochschule aufzunehmen und so die neue Ausgabe von mehreren Millionen Mark zu ersparen. (Vgl. Generalraths-Protokoll).

## Personal-Nachrichten.

Auszug aus dem Protokoll der Generalversammlung des Localen Reisegehd-Verbandes „Berlin-Noabit“ vom 29. October 1877.

Der Vorsitzende Hr. Voigt eröffnet um 8<sup>3/4</sup> Uhr die Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht derselbe bekannt, daß die Statuten des Localen Verbandes gedruckt vorlagen, und fordert die Mitglieder auf dieselben an sich zu nehmen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung berichtet der Kassirer über Einnahme und Ausgabe der Reiskasse für die Zeit vom 1. Juli bis 1. October 77. Einnahme: Vortrag vom zweiten Quartal M. 28,45, Beiträge der Mitglieder M. 250,50. Davon Ausgabe an 98 Fremde M. 256,90. Voriges Quartal zuviel in Einnahme gestellt M. 5. Ausgabe des Kassirers M. 1. Bleibt ein Barbestand von M. 16,05.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung wurde die Angelegenheit Viehl besonders discutirt. Der Dreher Christian Viehl aus Großbreitenbach hatte zur Zeit der Schumann'schen Aussperrung daselbst Arbeit genommen, mithin das Recht, Reisegehd zu erheben, erwirkt; trotzdem kam er mit einem vom Personal Wiener-Neustadt ausgestellten Atteste nach Berlin, um hier Reisegehd zu erheben. Das Buch ist dem p. Viehl abgenommen worden. Derselbe hat 150 Fabrikanten abgefragt. Verwunderung muß es erregen, wenn man im Buche beim Nachschlagen findet, daß seit der Zeit, wo Viehl bei Schumann gearbeitet und der Zeit, wo derselbe das erste Reisegehd erhob (Personal Hirschberg), ziemlich zwei Jahre vergangen waren; wo hat sich derselbe so lange aufgehalten? Mußte nicht in Hirschberg darnach gefragt werden? Das erste Attest lautet jedoch vom Personal Segewald. Auf welches Attest hin nahmen denn die Kollegen in Segewald den p. Viehl in ihrer Mitte auf? mußten denn die oben angeführten Mängel im Buche dieselben nicht flüchtig machen? Nun, vielleicht geben die Kollegen in Hirschberg und Segewald darüber Auskunft, was zu veranlassen eben der Zweck dieser Zeilen ist. — Es wird noch beschlossen, die best. Nummer der „Ameise“ an die beiden vorgenannten Personale zu senden. — Ein Antrag, daß aus dem Hülfsfond in Zukunft nur noch hülfbedürftige hiesige, sowie fremde durch Blätter oder Personale empfohlene Kollegen unterstützt werden sollen, wird einstimmig angenommen. — Zur Aufnahme in den Localverband meldete sich der junge, schon früher ausgelehrte Dreher Kowis; derselbe wird unter denselben Bedingungen aufgenommen wie sein Vorgänger (21 M. in den Hülfsfond und Nachzahlen des Fremdengeldes vom Tage des Ausleerens an). Der Dreher A. Bolduan hat seit Monat August kein Fremdengehd mehr gezahlt und auf eine bezügliche Anfrage erklärt, er zahle nichts mehr; derselbe wird wegen restirender Beiträge ausgeschlossen. Schluß der Versammlung 12<sup>1/2</sup> Uhr.

Der Vorstand.

## Verains-Nachrichten

5. Noabit. Die Versammlung vom 19. November 1877. Hr. Voigt eröffnet die Versammlung um 8<sup>1/4</sup> Uhr mit der Mitteilung, daß auf Verlangen des Kassirers Hagens sämtliche Rechte angeschafft sind und nicht in die Bibliothek eingestuft werden können. Nach Besichtigung des Protokolls wird die Tagesordnung (einiger Punkt: finanzielle Angelegenheiten) discutirt. Der Kassirer berichtet über die Angelegenheit des Personal Hirschberg, daß er den Discretionsrecht der Organgelder nicht anerkennen will und sich weigert, die Organgelder zu zahlen. Es wurde beschlossen, die Organgelder zu zahlen, bis der Kassirer die Organgelder nicht anerkennen will. Der Kassirer wird aufgefordert, die Organgelder zu zahlen, bis der Kassirer die Organgelder nicht anerkennen will. Der Kassirer wird aufgefordert, die Organgelder zu zahlen, bis der Kassirer die Organgelder nicht anerkennen will.

die Organgelder müßten so gut aufgebracht werden, wie die Ortsvereinsbeiträge, von denen sie einen integrierenden Theil bildeten; es dürfe nicht vergessen werden, daß, wer ungebührlich mit Organgeldern restire, mit vollem Rechte als Fremder behandelt werden könne, ja müsse, der seine Vereinspflichten nicht erfüllt. Auf einem Einwande, daß viele, namentlich auswärtige Mitglieder die Ameise gar nicht erhielten und deshalb wohl säumig seien, wird erwidert: die Zusendung an jeden Einzelnen sei wegen der Kosten einfach unmöglich; dennoch würde die Ameise auswärtigen Mitgliedern möglichst zugestellt; für die hiesigen Mitglieder sei eine Abholestelle eingerichtet, die sehr bequem liege; freilich seien einzelne Mitglieder gar zu anspruchsvoll; so verweigerte ein, von jener Stelle 15 Minuten entfernt wohnendes Mitglied, die Organgelder, weil ihm die Ameise nicht ins Haus gebracht werde! Schließlich wird in namentlicher Abstimmung (21 Anwesende) der Antrag Bey; in Zukunft solle der Ortskassirer am Beginn jeden Quartals bei allen einlaufenden Zahlungen das fällige Organgeld im Voraus in Abzug bringen event. die Zahlungen zurückweisen, einstimmig angenommen. Die alten Reste sollen allmählich zur Einziehung kommen. — Hr. Dehler beantragt im Interesse der hübsch angewachsenen Bibliothek und unter Hinweis auf die Anordnung in derselben zu Anfang dieses Jahres die Wahl einer Kommission, welche die Bibliothek revidiren und über das Ergebnis der Revision in der Dezemberversammlung berichten soll. Nach Annahme des Antrages werden die Herren Korn, Lenz I und Dehler in die Kommission gewählt. — Aus Anlaß einer Anfrage wird mitgetheilt, daß ein aus der Ortskasse gewährtes Darlehen an ein Mitglied seitens der Frau dieses Mitgliedes in den nächsten Tagen zurückgezahlt werden wird. — Auf Grund einer andern Anfrage wird der Ortskassirer beauftragt, eine Liste der Organgeldrestanten anzulegen. Auch wird es für wünschenswerth erklärt, daß derselbe ein eigenes Sconto für die Organgelder in seiner Beitragsliste einrichte. — Hr. Lenz I bringt die Frage zur Sprache, ob der L. V. sich nicht der Gesellschaft für Verbreitung von Volksschulbildung anschließen wolle. Der Vorsitzende wird erst genaue Erkundigungen einzuziehen und die Angelegenheiten auf die E. D. der nächsten Ortsversammlung legen. — Auf Antrag des Hrn. Mayer wird mit 12 gegen 6 Stimmen beschlossen, daß künftig die Versammlungen bei dem Vereinsgenossen Reichert abgehalten werden sollen, jedoch unter der Bedingung, daß wegen des beschränkten Raumes nicht geraucht werden dürfe. — Zwei Mitglieder mit bedeutenden Resten sollen aufgefodert werden, binnen 14 Tagen Zahlung zu leisten, widrigenfalls Ausschluß erfolgt. — Angemeldet ist Hr. Voigt. Gegen seine Aufnahme erfolgt kein Widerspruch. Schluß um 10 Uhr.

Vertliche Verwaltungsstelle der eingeschriebenen Hülfskasse. Eröffnung durch Herrn Bey um 10 Uhr. Nach Verlesung des Protokolls legt der Kassirer die umfang- und inhaltreiche Restantenliste vom 30. September vor. Es wird anerkannt, daß die Arbeitslosen nicht zahlen können, aber auch arbeitende Mitglieder restiren nicht unbedeutend. Der Vorst. empfiehlt es deshalb warn, im Interesse der Kasse wie der Arbeitslosen, daß die arbeitenden Mitglieder voll ihre Schuldigkeit thun bezw. von ihren Kollegen dazu angehalten werden; bei der bisherige lauen Behandlung könne es nicht mehr bleiben, vielmehr sei der Vorstand gesetzlich gezwungen, den Ausschluß der betr. Mitglieder zu vollziehen, da er nur zweimal 6 Wochen Stundung gewähren dürfe. Außerdem sei beim Anwachsen der Reste die Hülfskasse der Gefahr ausgesetzt, von der Behörde aufgelöst zu werden. Der Kassirer wird die Restanten noch besonders auffordern. — Angemeldet wird der Uebertritt von 7 Mitgliedern, sowie ein neues Mitglied (Hr. Hofmann). Schluß um 10<sup>3/4</sup> Uhr.

§ Schlierbach, den 10. November. Auszug aus den Protokollen der Ortsversammlung im 3. Quartal 1877. Es fanden 3 Generalversammlungen sowie drei Ausschusssitzungen statt. In den Versammlungen wurden neben örtlichen Angelegenheiten verschiedene Artikel aus der „Ameise“ discutirt, so u. A. der Artikel „Höhere Ziele“. Das darin Gesagte wurde allgemein anerkannt, besonders daß der Gewerbeverein nicht allein wegen des materiellen Nutzens, der Kranken- u. Kassen gegründet sei, sondern sich höhere Ziele, wie Bildung der Jugend, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Errichtung von Einigungsämtern und Schiedsgerichten etc., gestellt habe. Manches sei schon erreicht, vieles werde erreicht werden, wenn die Mitglieder ihrer Pflichten sich bemüht bleiben. — Für die Ortsvereins-Bibliothek wurden die Weltgeschichte Rotters, sowie eine Geographie (beide aus einer antiquarischen Buchhandlung) angeschafft. Die Ortsvereinsbeiträge wurden in jeder Ortsversammlung erhoben. Der Abschluß des 2. Quartals wurde der Versammlung vorgelegt und für richtig befunden.

Auszug aus den Protokollen der Mitglieder-Versammlungen der Krankenkasse (eingeschriebene Hülfskasse). Es fanden 3 Mitglieder-Versammlungen, sowie 3 Vorstand-Sitzungen statt. Die Versammlung nahm hierbei Veranlassung, die Verdienste des Hauptkassirers Hrn. Bey um das Kassenwesen, sowie sein Bestreben, durch gewissenhafte Führung der Verwaltung jedes Mißtrauen zu beseitigen, anzuerkennen. Ferner wurde beschlossen, ein Statut der Invalidenkasse kommen zu lassen. Dem Kassirer ist aufgegeben, genau nach der ihm zugesandten Kassenordnung zu verfahren. Der Abschluß des 2. Quartals wurde von dem Kassirer vorgelegt und für richtig befunden.

F. A.: Adam, Schriftführer.

Im Verlage von Carl Krabbe in Stuttgart ist erschienen:

## Gewerbevereins-Leitfaden.

Eine Aufklärung für Jedermann über die

## Ziele, Organisation und Leistungen

der Deutschen Gewerbevereine, nebst Aufleitung zur Gründung neuer Ortsvereine.

Von Dr. Max Hirsch und Hugo Folke.

41 Seiten gr. 8., jander hochster Preis: durch das Verbandsbureau bezogen 40 Pfg.; auf 6 Exemplare 1 Freieemplar.